



Niederschrift

über die 40. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses
am 15.02.2023

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 17:05 Uhr

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Einwohnerfragestunde
 - 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschriften der Sitzungen vom 08.12.2022 und 15.12.2022
 - 6 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen
 - 7 Informationen der Verwaltung
 - 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
 - 9 Vorberatung der öffentlichen Vorlagen für den Kreistag am 23.02.2023
 - 9.1 Fortführung Modellprojekt Schüler-RegioCard (SRC) BV/0679/2022
 - 9.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 des Landkreises Anhalt-Bitterfeld BV/0713/2023
 - 9.3 Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld BV/0716/2023
 - 9.4 Bestätigung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung des Landrates des Landkreises Anhalt-Bitterfeld für das Haushaltsjahr 2016 BV/0705/2023
 - 9.5 Auflösung Zweckverband Goitzsche BV/0707/2023
 - 9.6 Antrag der AfD-Fraktion zur Veränderung der Besetzung mit sachkundigen Einwohnern im Bau-, Wirtschafts- und Verkehrsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss BV/0708/2023
 - 9.7 Antrag der CDU-FDP-Fraktion zur Veränderung der Besetzung mit sachkundigen Einwohnern im Sozial- und Gesundheitsausschuss, Kultur- und Tourismusausschuss und im Bildungs- und Sportausschuss BV/0709/2023
 - 9.8 Sitzverteilung und Besetzung des Jobcenterausschusses des Kreistages Anhalt-Bitterfeld BV/0715/2023
 - 9.9 Veränderung bei der Besetzung des Bildungs- und Sportausschusses IV/0027/2023
 - 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
 - 10.1 Annahme einer Spende für das Industrie- und Filmmuseum Wolfen, BV/0704/2023
40. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses vom 15.02.2023 Seite 1 von 14

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Grabner eröffnete die 40. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Grabner stellte fest, dass keine Einsprüche zur ordnungsgemäßen Ladung vorlagen. Zu Beginn der Sitzung waren 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Kreis- und Finanzausschuss war somit beschlussfähig.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Grabner bat darum, den TOP 16 vorzuziehen und zwar hinter den TOP 4, da heute die Haushaltsberatung auf der Tagesordnung steht und es ungewiss sei, wie lange diese dauern wird. Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig mit 9 Ja-Stimmen bestätigt.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Gästen.

Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschriften der Sitzungen vom 08.12.2022 und 15.12.2022

Es gab keine Einwendungen.
Der öffentliche Teil der Niederschriften vom 08.12.2022 wurde einstimmig mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, bestätigt.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 15.12.2022 wurde einstimmig mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, bestätigt.

Punkt 6. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

Herr Grabner teilte mit, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses am 26.01.2023 keine Beschlüsse gefasst wurden.

Punkt 7. Informationen der Verwaltung

Es lagen keine Informationen vor.

Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Die nächste Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses findet am 16.03.2023, 17.00 Uhr im Kreistagssitzungssaal der Landkreisverwaltung statt.

Punkt 9. Vorberatung der öffentlichen Vorlagen für den Kreistag am 23.02.2023

**Punkt 9.1. Fortführung Modellprojekt Schüler-RegioCard (SRC)
Vorlage: BV/0679/2022**

Herr Grabner erklärte, dass bereits in den Fachausschüssen ausgiebig diskutiert wurde. Es wird eine Empfehlung ausgesprochen, die Schüler-Regio-Card zu verlängern.

Herr Northoff sagte, dass im Ausschuss in der Erwartung zugestimmt wurde, dass seitens der Firma Vetter noch Zahlen zugearbeitet werden, welche die Entscheidung untermauern.

Herr Hippe antwortete, dass es eine Zuarbeit des Unternehmens gab und diese dem Protokoll der Bau-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusssitzung beigelegt wurde.

Schülerbeförderung im Freizeitbereich:

- 2020:**
- Nutzung an Schultagen in der Freizeit durchschnittlich von 204 Nutzungen/Tag
 - Ferientage Nutzung von 114/Tag
 - Wochenenden 60/Tag

- 2022:** - Nutzung an Schultagen in der Freizeit durchschnittlich von 230/Tag
- Winterferientage und Osterferientage von 350/Tag
- Wochenenden ca. 65/Tag

Es gab keine weiteren Nachfragen.

Die **Vorlage 0679/2022** wurde **einstimmig** mit 6 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 des Landkreises Anhalt-Bitterfeld
Vorlage: BV/0713/2023

Herr Grabner wies darauf hin, dass ab Morgen der Haushalt mittels Dropbox digital heruntergeladen werden kann. Hierzu gibt es für alle Kreistagsmitglieder eine Mitteilung mit den Zugangsdaten.

Herr Grabner gab folgende Informationen:

- Defizit derzeit bei 19,9 Mio. Euro
 - Hintergrund hierfür sind unter anderem die Auswirkungen des Angriffskrieges Russland auf die Ukraine, dadurch erhebliche Steigerungen im sozialen Bereich
 - geplant sind Zinssteigerungen für die Liquiditätskredite von ca. 1,8 Mio. Euro
 - gestiegene Bewirtschaftungskosten für unsere Liegenschaften bei Strom und Gas von ca. 5,7 Mio. Euro
 - Tarifierhöhungen von 3 % aufgenommen, entspricht ca. 1,8 Mio. Euro
 - deutliche Kürzungen bei SoBEZ-Leistungen von Land (Kürzung um 1,3 Mio. Euro) und Bund (Kürzung um 2,9 Mio. Euro)
 - Umschichtung im FB 55 – Jobcenter von 500.000 Euro
 - höherer Zuschussbedarf bei Unterbringung von Kindern und Jugendlichen durch gestiegene Platzkosten und gestiegene Anzahl von ca. 5,4 Euro
 - Mehrbelastung ÖPNV von ca. 1,8 Mio. Euro
- dem steht eine Einnahmenerhöhung im Zuge der Erhöhung der Kreisumlage auf 40,5 % entgegen
 - Mehreinnahmen von ca. 3,7 Mio. Euro

Herr Grabner erklärte, dass gestern der Haushaltsentwurf beim Landesverwaltungsamt vorgestellt wurde. Es gab vorab eine halbwegs positive Stimmung, die Maßgabe des Landesverwaltungsamtes ist es aber, dass mittelfristig wieder in geordnete finanzielle Rahmen zurückgekehrt wird. Sollte dies nicht gelingen, werden wahrscheinlich die zukünftigen Haushalte nur schwer einer Genehmigung zugeführt werden können. Am Ende werden wir vom Defizit nicht weiter runterkommen, egal wann der Haushalt beschlossen wird. Weiter erklärte **Herr Grabner**, dass parallel an einem Haushaltskonsolidierungskonzept gearbeitet wird. Es wird geschaut, wie Mehreinnahmen generiert werden können, wie perspektivisch die erhöhten Ausgaben reduziert werden können. Mit dem strategischen Gebäudemanagement werden alle Gebäude aufgelistet, welche beispielsweise mit einer Photovoltaikanlage bestückt werden können, um mittelfristig entsprechende Änderungen zu generieren.

Herr Grabner bat darum, dem Haushalt zuzustimmen.

Herr Northoff stellte den Antrag, die Heizkosten für die Nebenstelle Breite der Schule Cervisti auf 54.000 Euro zu senken.

Herr Grabner sagte, dass die Kürzung bereits vorgesehen aber noch nicht im Haushalt sichtbar ist.

Herr Lucas ergänzte, dass diese Information die Kämmerei Anfang Februar erhalten hatte, die Unterlagen waren aber schon erstellt und versandt.

Herr Maaß fragte bzgl. dem Haushaltskonsolidierungskonzept, inwieweit es abverlangt werden kann, dort Dinge aufzuzeigen, die die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung des Haushaltes begünstigen?

Weiter bat **Herr Maaß** darum, allen Kreistagsmitgliedern darzustellen, mit welchen Maßnahmen wir von über 30 Mio. Euro auf nunmehr ca. 20 Mio. Euro Defizit gekommen sind, insbesondere eine Darstellung, ob Einsparungen im Bereich freiwilliger Leistungen vorgenommen wurden.

Herr Grabner sagte, dass neben der Veränderungsliste eine Auflistung erfolgen wird, welche gravierenden Kürzungen von 31 Mio. auf 19,9 Mio. Defizit geführt haben. Intern wurde schon abgestimmt, dass nach der Beschlussfassung ein Haushaltsstopp von 10 % für die Aufgaben verhängt wird, die im freiwilligen Bereich liegen und wir nicht gesetzlich verpflichtet sind.

Frau Zerrenner fiel auf, dass ein Kredit umgeschuldet werden soll, welcher schon seit 2004 läuft. Es läuft auch ein Kredit von 2003 über 358.000 Euro, wovon immer noch die Hälfte abzuzahlen ist, auf der Übersichtliste der Kredite ist nicht erkennbar, wieviel Prozent das ist.

Frau Zerrenner fragte, ob andere Kredite schon umgeschuldet werden konnten? Weiter fragte **Frau Zerrenner** woran das liegt, dass sich das Eigenkapital fast verdreifacht habe?

Herr Lucas antwortete, dass der Kredit von der KfW gefördert war, so gab es damals einen vergünstigten Zinssatz, welcher aber erst dieses Jahr ausläuft. Ansonsten werden permanent Umschuldungen durchgeführt, wenn diese anstehen (letzte Umschuldung 2021); dieses Jahr sollen Kredite mit Restvolumen von ca. 2 Mio. Euro umgeschuldet werden. Der Kredit konnte vorher nicht gekündigt werden, er hat eine Zinsfestschreibung von 20 Jahren.

Weiter gab **Herr Lucas** folgende Information: im gestrigen Rechnungsprüfungsausschuss war Thema, warum sich das Eigenkapital erhöht hat. Start Eigenkapital im Jahr 2013 von ca. 15 Mio. Euro, bei Jahresabschlussabschluss 2016 hat er sich verdoppelt. Wir haben, bis auf das Jahr 2013, Überschüsse, diese sind ursächlich dafür mit heranzuziehen, dass sich das Eigenkapital erhöht. Wir haben eine Rücklage in Millionenhöhe, davon wurden in den letzten Jahren anteilmäßig und kontinuierlich die Liquiditätskredite zurückgefahren, per 31.12.2022 bei 41 Mio. Euro, andererseits gab es Investitionskredite auf ca. 22 Mio. Euro runter. D.h. es wurde ein permanenter Schuldenabbau betrieben. Um weiter runter zu kommen, müsste eine Rücklage mehr erwirtschaftet werden von 40 Mio. Euro.

Herr Urban hat bei den Zahlen 2023 bis 2026 ein ungutes Gefühl, es sind schlechte Ausgangssituationen für den Haushaltsplan 2023. Er dankte, dass der Kreisumlagesatz bei 40,5 % steht, ein höherer würde die Städte und Kommunen in eine noch größere Schieflage bringen.

Dieses Jahr mit 20 Mio. Euro Defizit, die nächsten Jahre auch in der Höhe; **Herr Urban** hofft, dass sich die Rahmenbedingungen noch ändern. Wir brauchen das Personal, um die Aufgaben erledigen zu können, es kommen immer mehr Aufgaben seitens des Bundes auf uns zu, es muss mehr Personal eingestellt werden aber niemand finanziert uns diese Aufgaben. Die Hälfte des Defizites müssen dem Jugendamt zugeschrieben werden für verschiedene Erhöhungen im Unterhaltsbereich, Unterbringung der Kinder und Jugendlichen, etc., die Aufgaben werden mehr und die Finanzierung ist katastrophal.

Herr Urban weiß, dass die Verwaltung kämpft und für den Haushalt alles tut, trotzdem macht er ihn sprachlos. Nichts desto trotz wird die Faktion CDU-FDP wahrscheinlich in die Not kommen, dem Haushalt in der Kreistagssitzung zuzustimmen, um die Handlungsfähigkeit der Landkreisverwaltung zu gewährleisten, um die Projekte im Baubereich auch umsetzen zu

können, in die Vergaben zu steigen, etc.

Zur Enthaltung der Fraktion CDU-FDP bzgl. der Schüler-Regio-Card-Abstimmung sagte **Herr Urban**, dass es hier noch viele offene Fragen gibt. Es kann nicht nachvollzogen werden, warum dieser Beschluss auf der Tagesordnung ist. Es wird ein Beschluss zeitgleich gemacht, wo viele Millionen für diese Aufgabe gebunden werden und man die Wirkung des 49-Euro-Tickets auf den Landkreis und die einzelnen Verkehrsunternehmen noch gar nicht kennt. Es sollte eine Klärung herbeigeführt werden, denn letztlich ist es eine gute Sache für die Schüler der 1. bis 10. Klasse.

Herr Grabner stimmte zu, dass allen dieser Haushalt nicht gefällt, er hat ein viel zu hohes Defizit, nur aktuell gibt es keine andere Möglichkeit davon abzuweichen, selbst wenn gänzlich die freiwilligen Leistungen gestrichen werden. Dann würden wir ca. 50 % des Defizites reduzieren, hätten aber keine freiwilligen Leistungen mehr, die insbesondere den Gemeinden und Städten zu Gute kommen. Nicht ein Landkreis wird einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden, so **Herr Grabner**. Das zeigt insgesamt die Brisanz im Land, wie es uns ergeht, wenn wir weiter durch Land und Bund unterfinanziert sind. Es werden immer mehr Aufgaben übertragen, aber oftmals erfolgt nicht die Finanzierung.

Herr Grabner sagte, es muss immer wieder an die Landesregierung appelliert werden, dass diese das FAG so anpasst und vor allem ein Grundstock generiert, der es den Kommunen als auch den Landkreisen ermöglicht, ausfinanziert zu sein und die gesetzlichen Aufgaben auch entsprechend wahrzunehmen.

Herr Northoff sagte, ob die 80.000 Euro in Zerbst gestrichen werden, sei im Ergebnis zweitrangig. Es geht ihm darum, wenn der Haushalt um diesen Betrag verbessert werden kann, haben wir auch eine bessere Chance, dass dieser genehmigt wird.

Wesentlicher sei, dass für die Haushaltsaufstellung nicht nur die Kämmerei, sondern alle Ämter zuständig sind, aber gerade im Bereich des Hochbau und Gebäudemanagements sieht **Herr Northoff** gewaltige Probleme. Eine Kettensäge für 2.000 Euro, warum braucht es plötzlich 3 Rasentraktoren, warum mehrere Multicars? Diese Fragen konnte **Herr Northoff** nicht prüfen, da er bis heute keine konkreten Zahlen erhalten hatte.

Weiter ist **Herr Northoff** mit der bisherigen Arbeit der Führungsebene im Baubereich nicht zufrieden und er hofft dass keine Bauingenieurin mehr auf die Idee kommt, dem Bauausschussvorsitzenden zu schreiben, das sie nicht weiß, welche Kosten entstehen werden. Auch muss so ein Schreiben vom Amtsleiter gegengezeichnet werden, und die Anlagen zu den Ausschüssen seien sehr verbesserungswürdig. **Herr Northoff** bat darum, dass der noch zu findende Fachbereichsleiter dann in seinem Bereich dafür sorgt, dass konsequenter gearbeitet wird.

Herr Grabner möchte die Aussage, dass nicht konsequent gearbeitet wird, so nicht stehen lassen. Alle Kolleginnen und Kollegen geben ihr Bestes, in dem Bereich werden seit Monaten ausgebildete Bauingenieure oder Techniker gesucht, diese sind aber noch nicht gefunden. Auch die Fachbereichsleiterstelle wurde wiederholt ausgeschrieben, führte bisher aber nicht zur Besetzung. Daher müssen derzeit Kompromisse eingegangen werden, die Gebäudeverwalter haben zu viele Objekte unter sich und können diese nicht bestens begleiten. Hier wurde eine organisatorische Umstrukturierung geplant, dass das technische Gebäudemanagement vom kaufmännischen getrennt wird, so dass sich die Objekt Ingenieure und Objektmanager auf ihr eigentliches Kerngeschäft der baulichen Unterhaltung, Reparaturen, etc. konzentrieren können.

Herr Grabner entschuldigte sich bzgl. der unglücklich formulierten ersten Antwort; es könnte überschlägig errechnet werden, welche Kosten entstehen werden.

Zur Thematik Fachbereich 68, Maschinen- und Fahrzeugbestand, machte **Herr Grabner** folgenden Vorschlag: der Ausschuss kann sich nach und nach die Kreisstraßenmeistereien anschauen. Er selbst hatte sich den Fuhrpark und die Gerätschaften vor Ort angeschaut und musste feststellen, dass z.B. Bodenbleche durchgerostet sind. Dieser Zustand ist nicht länger haltbar, daher wurde entschieden, dass sowohl Materialien als auch die Fahrzeuge gebraucht werden, um eine vernünftige Qualität leisten zu können. Es hätte sicherlich auch

eine Kettensäge für 200 Euro getan, aber wenn diese permanent im Einsatz sind, sollten es Hochleistungsgeräte sein.

Auch **Herr Sonnenberger** hat Bedenken bei diesem Haushalt. Er mahnt schon seit Jahren an, dass wir permanent unterfinanziert sind. Wenn das Land sich rühmt, über 1,7 Mrd. Euro über mehrere Jahre zu bezahlen, wird keinerlei Kostenentwicklung berücksichtigt, dann kommen noch die schon benannten Effekte hinzu. Wir werden hier alleine gelassen. Es sei sehr gut, was im Kinder- und Jugendbereich alles getan wird, aber dafür seien wir gar nicht zuständig, wir müssen es nur ausführen, die Gesetzgebung liegt woanders. Seit Jahren drückt sich das Land und der Bund, aber die Landkreise und Kommunen sind hier die Verlierer. Nichts desto trotz wird die Fraktion Freie Wähler dem Haushalt zustimmen.

Herr Grabner erwähnte, dass es in diesem Jahr eine Mehrausschüttung durch das FAG an die Landkreise gibt, es kommt allen Landkreisen – außer dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld – zu Gute. Wir haben eine Mindereinnahme von ca. 1 Mio. Euro, andere haben eine Mehreinnahme bis zu 8 Mio. Euro, resultierend daraus, dass wir eine sehr gute Steuerentwicklung in den letzten Jahren in den Kommunen und Städten genossen haben, daher auch die Mindereinnahme.

Herr Maaß machte darauf aufmerksam, dass letztlich der Kreistag über Jahre hinweg mit für die jetzige Situation verantwortlich ist, weil man sich auf eine Kreisumlage verständigt hat, die nirgends in Sachsen-Anhalt niedriger ist. Wenn wir uns mit dieser Situation auseinandersetzen heißt das auch, dass wir uns im Klaren sein müssen, dass ein bisschen die Ursache auch darin liege, dass ein Einvernehmen erzielt werden konnte und wir haben unseren Kommunen gegenüber sehr verantwortungsbewusst die Entscheidungen getroffen - ein wenig zum Nachteil des Landkreises. Es ist wichtig, dass bei den Haushaltszahlen, welche jetzt im Raume stehen, sehr verantwortungsbewusst umgegangen wird. **Herr Maaß** teilt die Sorge, was die Folgejahre angeht.

Herr Grabner sagte, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, die zukünftigen Haushalte genehmigt zu bekommen, dann müssen wir von dem Defizit runter. Weiter befinden wir uns mit dem Liquiditätskredit nicht am unteren Limit, so dass auch dieser im Blick behalten werden muss. Wir sind aufgrund der Haushaltsgröße außerhalb der Genehmigungspflicht (beträgt 20 % des Gesamthaushaltes, wären bei uns ca. 65 Mio. Euro), die erreichen wir in diesem Jahr nicht. Ändert sich die finanzielle Situation nicht, wird sich das klar auf die Liquiditätskredite auswirken. Dann benötigen wir die Genehmigung der unteren Kommunalaufsicht, diese würde dann wahrscheinlich mit deutlichen Auflagen versehen sein.

Herr Urban sagte zum Beteiligungsbericht und den Wirtschaftsplänen, dass es nicht nur dem Landkreis, sondern auch den Gesellschaften schlecht geht. Das Gesundheitszentrum plant mit ca. 3 Mio. Defizit, ABI-KW mit 450.000 Euro Defizit, KKM mit 120.000 Euro Defizit, einzig die Wolfener Recycling hat ein Positiv von 300.000 Euro. **Herr Urban** fragte, ob die Gesellschaften alle in der Lage sind, dies durch eigene Mittel zu stemmen?

Herr Grabner erklärte, dass sie noch in der Lage sind, diese Defizite aus eigenen Kräften zu schaffen, bis auf das Gesundheitszentrum. Hier haben wir aber den beschlossenen Zuschuss auch tatsächlich im Haushalt verankert und für die KKM werden wir in der nächsten Sitzung einen Beschluss, um eine Erhöhung des tatsächlichen Zuschusses, aufnehmen. Wir werden uns den Zuschuss der zusätzlich, insbesondere durch die Erhöhung der Betriebskosten, entstehen wird, mit der Stadt Köthen prozentual nach den Anteilen teilen. Ansonsten müsste die KKM im Spätsommer Insolvenz anmelden, was nicht das Ziel ist. Auch hier werden deutliche Umstrukturierungsmaßnahmen erfolgen müssen, dass nicht permanent Zuschüsse gezahlt werden müssen.

Herr Urban sagte, jeder Euro, der zusätzlich gezahlt wird, ist alles nur Kreditfinanziert, wir haben keine liquiden Mittel mehr, somit müssen sich auch die Gesellschaften einschränken. Weiter sagte **Herr Urban** zum Stellenplan, dass es für die Unbefristeten eine Veränderung von 20 Stellen gibt und bei den befristeten Stellen gibt es einen Aufwuchs von 38 Stellen. Hier sind auch Stellen der Scouts des Gesundheitsamtes enthalten, warum gibt es hier in

2023 ein Plus bei den Veränderungen? Warum gibt es einen Aufwuchs von 38 Stellen bei den Befristeten Stellen?

Herr Krüger antwortete bzgl. der Scouts, dass diese befristet bis 30.06.2023 als Personal des Landkreises weiterbeschäftigt werden (waren vorher über Bundesverwaltungsamt angestellt und bei uns eingesetzt), deswegen finden sich diese im Stellenplan wieder.

Herr Northoff erklärte, dass er seinen Antrag zurückzieht.

Herr Urban fragte, ob die Notwendigkeit da ist, 10 % Einsparungen bei den freiwilligen Aufgaben aufzuerlegen? Es müssen alle Bereiche in die Pflicht genommen werden, nicht nur die freiwilligen Aufgaben.

Herr Grabner korrigierte insoweit, dass die Haushaltssperre nicht nur auf die freiwilligen Aufgaben verhängt wird, sondern auf alle, mit Ausnahme auf die Ausgaben, zu denen wir tatsächlich gesetzlich verpflichtet sind. Hintergrund ist nicht, tatsächlich die 10 % einzusparen, sondern dahingehend zu sensibilisieren, dass alle Ausgaben in dieser Größenordnung nochmals abgewogen werden, ob sie dieses Jahr noch umgesetzt werden müssen oder auch ggf. ins nächste oder übernächste Jahr verschoben werden können. Es wird eine Verwaltungsentscheidung werden, diese wird abgestuft erfolgen, d.h. bis zu einem bestimmten Betrag werden die Fachbereichsleiter oder Dezernenten zuständig sein und wenn es einen gewissen Betrag überschreitet, dann entscheidet der Hauptverwaltungsbeamte.

Es gab keine weiteren Fragen.

Die **Vorlage 0713/2022** wurde **mehrheitlich** mit 6 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen, bei 1 Enthaltungen, dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.3. Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld Vorlage: BV/0716/2023

Herr Grabner sagte, dass seit Juli 2022 die Fachbereiche entsprechende Vorschläge unterbreiteten, das Ergebnis liegt im Haushaltskonsolidierungskonzept vor. Es wird eine der schwerwiegendsten Aufgaben bis zum Sommer dieses Jahres sein, dieses Konzept tatsächlich zu einem Konstrukt zu stricken, um dann ggf. ab den Folgejahren auch dieses Haushaltskonsolidierungskonzept gegenüber dem Landesverwaltungsamt in die Waagschale werfen zu müssen.

Herr Urban sagte, dass es hier wenig Stellschrauben gibt und man müsse überlegen, wo angesetzt wird. Der derzeitige Haushalt kam in die Schiefelage aufgrund der Bundesgesetzgebung als auch aufgrund der Energiegeschichte. Es wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich auf diesem hohen Niveau bleiben, daher muss geschaut werden, wie man sich energetisch aufstellt. Alle Gebäude in der Landkreisverwaltung müssen geprüft werden, inwieweit mit Solar oder energetischer Sanierung das Haushaltskonsolidierungskonzept gefüllt werden kann, wie verschiedene Flächen verpachtet werden können, Pacht- und Mietverträge müssen nachgebessert werden, die Digitalisierung muss vorangetrieben werden, etc.

Die Effekte werden nicht gleich im nächsten Haushalt sichtbar sein, aber wir müssen uns für die Zukunft Gedanken machen und Maßnahmen der Nachhaltigkeit müssen folgen.

Herr Grabner antwortete, dass im Bereich der klimatischen Veränderungen auch unsere Gebäudestruktur so angepasst werden sollte, dass zukünftig weniger geheizt werden muss und dass auf neue Systeme umgestellt wird. Das zieht natürlich erhebliche Investitionskosten

nach sich.

Weiterhin erklärte **Herr Grabner**, dass ein Klimaschutzmanager beantragt ist, so dass das Hauptaugenmerk auch auf die moderne Technik gelegt werden kann.

Es wird bei sämtlichen Investitionen immer eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgen, um insbesondere auch bei den Energiethemen gut aufgestellt zu sein und modern agieren zu können.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

Die **Vorlage 0716/2022** wurde **mehrheitlich** mit 6 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen, bei 1 Enthaltungen, dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.4. Bestätigung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung des Landrates des Landkreises Anhalt-Bitterfeld für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: BV/0705/2023

Herr Lucas erklärte, dass es keine wesentlichen Feststellungen gibt und erläuterte die Eckpunkte von 2016 wie folgt:

- ordentliche Erträge von 229,3 Mio. Euro
- dem stehen Aufwendungen gegenüber von 219,7 Mio. Euro
- macht ein ordentliches Ergebnis von + 9,7 Mio. Euro

Ergebnis im Finanzhaushalt:

- Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von 8,6 Mio. Euro
- Einzahlungen von 213,3 Mio. Euro
- dem stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 204,7 Mio. Euro gegenüber

Investitionstätigkeit

- Mehrbedarf von 576.000 Euro
- Auszahlungen von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von 7,9 Mio. Euro
- Einzahlungen von 7,3 Mio. Euro

bei der Finanzierungstätigkeit

- 63,1 Mio. Euro als Auszahlung und 54,1 Mio. als Einzahlung
- dort sind jeweils die Tilgungen bzw. Neuaufnahmen der Liquiditätskredite mit enthalten
- unterm Strich wurden hier 8,9 Mio. Euro mehr zurückgezahlt
- der Finanzmittelbestand hat sich um 727.900 Euro verringert auf nunmehr zum 31.12. rund 2,5 Mio. Euro.

Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten

- am 01.01.2016 54,1 Mio. Euro
- diese konnten um 5,4 Mio. Euro auf den 31.12.2016 auf nunmehr 48,7 Mio. Euro

- Kreditaufnahme mit ca. 65.000 Euro, gleichzeitige Tilgung für Investitionskredite mit ca. 5,5 Mio. Euro

Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

- Stand zum 01.01.2016 68 Mio. Euro
- Stand zum 31.12.2016 64,5 Mio. Euro
- es ist 2016 gelungen, diese Kredite um 3,5 Mio. zurückzuführen.

Bilanzielle Abschreibungen für Sachanlagevermögen beträgt rund 8 Mio. Euro.

Herr Lucas erläuterte weiterhin, dass es keine wesentlichen Feststellungen seitens des Rechnungsprüfungsamtes gab. Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 des Landkreises Anhalt-Bitterfeld lautet wie folgt: Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 und die Buchführung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften, die Haushaltsführung erfolgte ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage und der Liquidität geben zur Beanstandung keinen Anlass. Bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen wurde nach der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren. Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 hat zu keinen Einwendungen geführt. Das Rechnungsprüfungsamt hat deshalb den verkürzten Jahresabschluss des Landkreises zum 31.12.2016 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Herr Urban sagte, dass ein tolles Ergebnis für 2016 erzielt wurde, man fragt sich aber, wie entsteht so ein Überschuss? In welchen Bereichen wurde so großzügig geplant, dass am Ende nicht so viel ausgegeben wurde? Worauf beziehen sich die weniger Aufwendungen?

Herr Lucas antwortete, dass bei den Personalaufwendungen ein fortgeschriebener Planansatz von 39,5 Mio. Euro zu verzeichnen sei, das Ergebnis betrug 38,7 Mio. Euro, allein hier gibt es eine Reduzierung oder nicht besetzte Stellen von ca. 800.000 Euro. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gibt es einen fortgeschriebenen Planansatz (sind Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr dabei) von 24,4 Mio. Euro, das Ergebnis sind 20,8 Mio. Euro, hier ist eine Reduzierung von 3,6 Mio. Euro zu verzeichnen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind auch die Instandhaltungsaufwendungen dabei. Weiter gibt es die Transferaufwendungen i.H.v. 81,7 Euro, dort gab es Minderaufwendungen von 7,2 Mio. Euro auf nunmehr 74,5 Mio. Euro.

Herr Urban sagte, dass es sich die letzten 10 Jahre durchzieht, dass wir immer weniger Aufwendungen haben, nicht mehr Erträge. **Herr Urban** fragte, in welchen Fachbereichen wurde so großzügig geplant, wo man vielleicht auch mit dem Haushalt 2023, 2024, 2025 genauso hoch planen könnte? Ist es der Fachbereich 68, der im Jahresabschluss dann auch die höchsten Einsparungen oder Nichtausgaben zu verzeichnen hat?

Herr Grabner sagte, dass dieser Bereich recht großzügig plant. Oftmals ist es aber nicht möglich, aufgrund eigener personeller Engpässe oder aber auch das nicht ausreichend Firmen gebunden werden konnten, wobei versucht wird, die offenen Beträge in das Folgejahr zu überführen, dass im Folgejahr weniger Haushaltsansätze gebildet werden müssen. Daran wurde in diesem Jahr gearbeitet und der Ansatz der baulichen Unterhaltung konnte nochmals deutlich reduziert werden.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

Die **Vorlage 0705/2022** wurde **mehrheitlich** mit 7 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.5. Auflösung Zweckverband Goitzsche
Vorlage: BV/0707/2023

Herr Grabner wies darauf hin, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen einen Beschluss gefasst hat, den Zweckverband Goitzsche aufzulösen, der Stadtrat hat sich mehrheitlich dazu bekannt, entweder aus dem Verband auszutreten oder die Zustimmung zu erteilen, den Verband insgesamt aufzulösen.

Im Laufe der Diskussionsrunden sind wir zur Kenntnis gekommen, den ursprünglichen Beschlussvorschlag nochmal anzupassen und dem Kreistag zu empfehlen, der Auflösung und dem Austritt der Stadt Bitterfeld-Wolfen nicht beizutreten bzw. nicht zu bewilligen. Ein Austritt bzw. die Auflösung eines Verbandes muss mit einer deutlichen Mehrheit versehen sein. Wir wollen damit erreichen, auch an die Gemeinde Muldestausee und die Stadt Sandersdorf-Brehna zu appellieren, dass ein ähnlich gefasster Beschluss zum tragen kommt, nämlich die Fortführung des Verbandes mit der Zielstellung, diesen Verband auf sichere „Füße“ zu stellen, vielleicht mit einem anderen Aufgabenspektrum zu versehen und auch die Finanzierung des Verbandes nochmal unter die Lupe zu nehmen, so **Herr Grabner**. Als positives Beispiel könnte der Zweckverband Technologiepark Mitteldeutschland herangezogen werden, dort wird nach dem Territorialprinzip agiert, d. h. die getätigten Investitionen zahlt das Verbandsmitglied, auf wessen Gemarkung sie tatsächlich realisiert wird, ansonsten im Bereich der Betriebskosten etc. werden die Anteile prozentual getragen. Es wäre schade, den Verband aufzulösen oder eine Kommune hieraus zu verlieren, denn eine Weiterentwicklung der Goitzsche und der Seenlandschaft kann nur dann gelingen, wenn sowohl die öffentliche Hand als auch die privaten Anrainer das gleiche Ziel haben. Es sollte das Ziel aller Verbandsmitglieder sein, sich noch einmal zusammenzusetzen und die Defizite und Verbesserungen zu besprechen, um insbesondere in der Außendarstellung und zur weiteren Akquise von Touristen einen Mehrgewinn zu erzielen und insgesamt den Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit der Goitzsche Seenlandschaft positiv darzustellen.

Herr Urban dankte, dass der Beschlussvorschlag nochmals geändert wurde. Er sagte, dass Zweckverbände auf Dauer ausgelegt sind und es ein wichtiges Instrument für den Landkreis und die einzelnen Kommunen ist. Die Goitzsche ist ein touristischer Magnet und der Zweckverband sei wichtig für die Weiterentwicklung der nächsten Jahre.

Es wurde in der Fraktion CDU-FDP darüber diskutiert, dass ein neues Konzept erarbeitet werden sollte, denn es muss sich im Zweckverband etwas ändern, man sollte die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten suchen, denn letztendlich profitieren alle von der touristischen Entwicklung.

Weiter fragte **Herr Urban**, wenn wir die Vertreter beauftragen, ob diese dann auch zu 100 % an uns und unseren Willen gebunden sind? **Herr Urban** bat alle Fraktionen, den Landkreis hier zu unterstützen und den Beschlussvorschlag an den Kreistag zu empfehlen.

Herr Grabner wies darauf hin, dass eine Auflösung des Verbandes nicht nur sehr zeitaufwendig, sondern auch sehr kostenintensiv sein wird. Aktuell kann es nicht beziffert werden, aber man geht davon aus, dass u.a. die Fördermittelzahlungen in Frage gestellt werden, dass Grunderwerbssteuern anfallen, wenn die bestimmten Grundstücke wieder übertragen werden, so dass derzeit ermittelt wird, welche Kosten der Verband und die Verbandsmitglieder im Falle einer Auflösung tragen müssten.

Frau Zerrenner hoffte, dass Herr Urban noch etwas dazu sagen kann, warum die Stadt Bitterfeld den Beschluss zum Austritt getroffen hat. Sie fragte, welche Gründe es gab, warum Bitterfeld im Stadtrat dazu eine Mehrheit gefunden hatte?

Herr Urban erklärte, dass er kein Mitglied des Stadtrates sei, sondern Beschäftigter der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Die Stadtverwaltung hat gesagt, es sei nicht der richtige Weg, der Stadtrat hatte einen politischen Willen geäußert und den Austritt mit einem Mehrheitsbeschluss beschlossen.

Herr Sonnenberger kann dem Beschlussvorschlag gegen die Auflösung folgen, aber es fehlt ihm der Glaube, dass die Ernsthaftigkeit dabei ist, hier eine vernünftige Lösung zu finden.

Die Stadt Bitterfeld-Wolfen müsste sich dazu bekennen, was mitzumachen. Hier sieht **Herr Sonnenberger** ein großes Problem.

Herr Grabner hofft, dass die Chance genutzt wird und alle Parteien zusammen kommen und ein grundlegend anderes Konzept aufgestellt wird, um tatsächlich den Verband auf neue Wege zu bringen.

Herr Northoff sagte, dass damals bei der Liquidation der BQP das Problem bestand, das Wegenetz für die Öffentlichkeit zu sichern. Zuerst war vorgesehen, es auf den Zweckverband als Eigentum zu übertragen, was aber an den immensen Vermessungskosten scheiterte und dann zugunsten des Zweckverbandes Dienstbarkeiten eingetragen wurden. Wenn dies so sein sollte, würde eine Auflösung nicht funktionieren, denn Eigentum könnte weiterübertragen werden, die Dienstbarkeit aber nicht, so dass es alleine an diesem technischen Problem scheitern würde, den Zweckverband aufzulösen, ganz unabhängig davon, dass es unter touristischen Gesichtspunkten schlecht wäre, dies zu machen.

Herr Urban erklärte, dass nicht die Stadt Bitterfeld-Wolfen das Ganze in Schieflage gebracht hat. Es gibt eine Verbandsumlage, die zahlt jedes Verbandsmitglied, dieser ist die Stadt immer nachgekommen. Wie dann die Geschäftsführung oder die Verbandsversammlung damit umgeht, haben alle Verbandsmitglieder zu vertreten. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen hatte schon darauf hingewiesen, dass Satzungen, Einzugsgebiete geändert werden müssen, seit 2 Jahren hat man das nicht hinbekommen.

Herr Grabner sagte, dass niemandem gegenüber eine Schuldzuweisung erfolgen soll, es sei jedem bewusst, dass in der Vergangenheit einiges nicht optimal gelaufen ist, es sollte dann in der Zukunft besser gemacht werden. Diese Möglichkeit sieht **Herr Grabner** in einem erstarkten Verband.

Frau Zerrenner kann sich schwer vorstellen, dass es sich der Stadtrat leicht gemacht hat, aus dem Zweckverband auszusteigen. Vielleicht sollte es überdacht werden, den Verband eher in einen Aufsichtsrat umzuwandeln.

Frau Zerrenner erklärte weiter, dass sich die Fraktion heute enthalten wird.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

Die **Vorlage 0708/2022** wurde **einstimmig** mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.6. **Antrag der AfD-Fraktion zur Veränderung der Besetzung mit sachkundigen Einwohnern im Bau-, Wirtschafts- und Verkehrsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss**
Vorlage: BV/0708/2023

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0708/2022** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.7. **Antrag der CDU-FDP-Fraktion zur Veränderung der Besetzung mit sachkundigen Einwohnern im Sozial- und Gesundheitsausschuss, Kultur- und Tourismusausschuss und im Bildungs- und Sportausschuss**
Vorlage: BV/0709/2023

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0709/2022** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.8. Sitzverteilung und Besetzung des Jobcenterausschusses des Kreistages Anhalt-Bitterfeld
Vorlage: BV/0715/2023

Herr Urban benannte die sachkundigen Einwohner wie folgt: Herr David Körber, Herr Werner Rienäcker und Herr André Wähnel.

Herr Sonnenberger benannte Herrn Thomas Büße als sachkundigen Einwohner.

Herr Tischmeier erklärte, dass spätestens am Dienstag die Namen mitgeteilt werden.

Herr Maaß teilte mit, dass am Montag in der Fraktionssitzung entschieden wird und sodann der sachkundige Einwohner unmittelbar mitgeteilt wird.

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0715/2022** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Punkt 9.9. Veränderung bei der Besetzung des Bildungs- und Sportausschusses
Vorlage: IV/0027/2023

Herr Grabner informierte über folgende Veränderung im Bildungs- und Sportausschuss:

Für Herrn Stefan Hemmerling wird Herr Andreas Wolkenhaar neues Mitglied im Bildungs- und Sportausschuss sein.

Punkt 10. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Punkt 10.1. Annahme einer Spende für das Industrie- und Filmmuseum Wolfen, OT Wolfen, Bunsenstraße 4, 06766 Bitterfeld-Wolfen
Vorlage: BV/0704/2023

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0704/2023** wurde **einstimmig** mit 9 Ja-Stimmen bestätigt.

Beschluss-Nr.: 40-40/2023

Der Kreis- und Finanzausschuss des Landkreises Anhalt-Bitterfeld beschließt die Annahme einer Sachspende von der Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH im Wert von 1.688,60 Euro für das Industrie- und Filmmuseum Wolfen, OT Wolfen, Bunsenstraße 4, 06766 Bitterfeld-Wolfen.

Punkt 11. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Es gab keine Anfragen und Anregungen.

gez. Andy Grabner

Vorsitzende/r des Kreis- und Finanzausschusses

gez. Sabine Metzner
Nancy Henze
Protokollant/in